

Zermürbendes Warten

Die Lampedusa-Flüchtlinge Tracy und Joseph T. kämpfen in Hamburg um ihre Anerkennung *von Frauke Vogel*



Tracy T. und Emmanuel in ihrer Hamburger Wohnung

Auf dem Weg nach Europa sterben jedes Jahr Tausende Flüchtlinge. Die Überlebenden erwarten oft unsichere Zustände und politische Ignoranz. Auch in Hamburg kämpfen seit knapp einem Jahr rund 300 Flüchtlinge aus Libyen um ein Bleiberecht.

Es ist einer der ersten warmen Sonnentage in Hamburg. Am Rande der Stadt, hinter Kleingartensiedlungen und pastellfarbigen Wohnblöcken, unweit der Grenze zu Schleswig-Holstein sitzt die 24-jährige Tracy T.* in ihrem abgedunkelten Zimmer im ehemaligen Pastorat der evangelisch-lutherischen Gemeinde. Seit einem Dreivierteljahr ist die gebürtige Nigerianerin mit ihrem Ehemann Joseph und ihrem sechs Monate alten Sohn Emmanuel in den Räumen der Nordkirche untergebracht. Denn die junge Familie gehört zu einer Gruppe Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg, die seit knapp einem Jahr für ein dauerhaftes Bleiberecht aus humanitären Gründen kämpft.

Die rund 300 Menschen der Hamburger Gruppe kamen aus verschiedenen Ländern des subsaharischen Afrikas nach Libyen in der Hoffnung, Arbeit

zu finden. Die meisten von ihnen lebten dort viele Jahre, hatten ihre eigenen Geschäfte und Einkünfte, mit denen sie ihre Familien in ihren Herkunftsländern unterstützen konnten. Der libysche Bürgerkrieg im Frühjahr 2011 zwang sie schließlich zu einer lebensgefährlichen Flucht übers Mittelmeer. In kaum seetauglichen Booten erreichten sie in desolatem Zustand die Küste der italienischen Insel Lampedusa. Von dort aus setzte sich für sie eine lange Odyssee aus fehlender Zuständigkeit, extremer Armut und Fremdenfeindlichkeit fort. »Die Menschen sind schwer traumatisiert«, betont die Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche, Fanny Dethloff, die sich von Anfang an für eine menschenwürdige Unterbringung der Gruppe einsetzte.

Auch Tracy und Joseph T. haben zwei Jahre lang in Libyen gelebt. Sie erzählt

von einer Zeit, in der sie arbeitete, mit ihrem Mann in einer eigenen Wohnung lebte und für sich sorgen konnte. Als der Krieg ausbrach, änderte sich von heute auf morgen alles für sie. Als wolle sie die Erinnerungen schnell wieder vergessen, erzählt sie mit wenigen Worten von libyschen Soldaten, die ihren Mann schlugen, ihr mit Vergewaltigung drohten und sie immer wieder malträtierten. Sie erinnert sich an die ersten Bomben, die einschlugen, daran, wie sie mit vielen anderen Wanderarbeiterinnen zur Küste getrieben, in ein überfülltes Boot gedrängt wurden und losfuhren, ohne das Ziel zu kennen. Nach drei Tagen und zwei Nächten auf dem offenen Meer erreichten sie die Küste Lampedusas. Dass sie in Italien angekommen war, erfuhr Tracy T. erst von den anderen Flüchtlingen im Erstaufnahmelager.

Abschiebung ins Ungewisse

Spätestens seit die Bilder des italienischen Fernsehsenders RAI im vergangenen Jahr um die Welt gingen und zeigten, wie sich Männer inmitten des Lagers nackt ausziehen mussten, um sich desinfizieren zu lassen, war die demütigende Behandlung der Flüchtlinge in Lampedusa nicht mehr zu leugnen. Seit Ende letzten Jahres ist das Lager geschlossen. In der ehemaligen Militärkaserne, die maximal Platz für 250 Menschen bot, waren bis zuletzt Tausende Schutzsuchende untergebracht. Auch Tracy und Joseph T. warteten drei Monate in Lampedusa, bis sie in ein Aufnahmelager nahe Neapel verlegt wurden. An der prekären Versorgung änderte sich auf dem italienischen Festland jedoch nichts. Fast zwei Jahre mussten sie dort mit vielen anderen Menschen darauf warten, dass über ihre Zukunft entschieden wurde.

Die Länder mit EU-Außengrenzen, wie Italien oder Spanien, fühlen sich

seit Jahren mit der Flüchtlingsbewegung aus Afrika alleingelassen. Sie fordern eine Neuausrichtung der EU-Flüchtlingspolitik und besonders der Dublin-III-Verordnung, die bestimmt, dass Flüchtlinge nur in dem Land einen Asylantrag stellen dürfen, in dem sie zum ersten Mal europäischen Boden betreten haben. Dass die deutsche Regierung aufgrund der geografischen Lage der Bundesrepublik daran kein Interesse hat, verwundert nicht. Anstatt zu helfen, mauert sie. Im vergangenen Frühjahr wurden mehrere Aufnahmelager in Italien geschlossen. Die italienischen Behörden statteten daraufhin viele der Flüchtlinge mit einem dreimonatigen Schengen-Visum aus und schickten sie weiter nach Nordeuropa. Auch das Lager von Tracy und Joseph T. wurde kurzfristig aufgelöst. »Einer der Beamten kam auf uns zu und sagte nur: Ihr müsst jetzt gehen«, erzählt Tracy. Wohin, war ihnen egal, dass Tracy zu dem Zeitpunkt bereits schwanger war, auch. Für eine Weiterreise fehlte den beiden das Geld.

Tracy erzählt von Nächten auf Bahnhofsbänken, dem Betteln um kupferfarbige Münzen und von der Hoffnung, in Deutschland Zuflucht und eine bessere Versorgung zu finden.

Zwei Anläufe haben sie gebraucht, um Hamburg zu erreichen. Bei ihrem ersten Versuch wurden sie von der deutschen Bundespolizei an der Grenze aufgehalten und zurückgeschickt. Als bekannt wurde, dass die italienischen Behörden Touristenvisa an die Flüchtlinge ausstellten, wurden an der deutsch-österreichischen Grenze die Kontrollen der Bundespolizei verstärkt. Laut bayrischem Innenministerium überprüften die Beamten die Einreisenden darauf, ob sie über ausreichende finanzielle Mittel verfügten, um sich sowohl den Lebensunterhalt in Deutschland als auch das Ticket für die Rückreise leisten zu können. »Ich habe dann eine Nacht im Gefängnis verbringen müssen«, erzählt Tracy T. Weil sie in einer sehr schlechten körperlichen Verfassung war, wurde sie für drei

Ihr Tod ist für Europa eine Schande

Appell der Bürgermeisterin von Lampedusa zur europäischen Flüchtlingspolitik von *Giusi Nicolini*

Ich bin die neue Bürgermeisterin der Inseln Lampedusa und Linosa und wurde im Mai 2012 gewählt. Am 3. November musste ich feststellen, dass mir bereits 21 Leichen übergeben worden waren – von Menschen, die bei dem Versuch, Lampedusa zu erreichen, gestorben waren. Das ist für mich unerträglich und für die Insel ein großer Schmerz. Ich musste sogar Kolleginnen und Kollegen in der Provinz um Hilfe bitten, damit wir die letzten elf Leichen würdevoll bestatten konnten – auf Lampedusa stehen auf den Friedhöfen mittlerweile keine Gräber mehr zur Verfügung. Wir werden neue schaffen, aber ich frage mich: Wie groß muss der Friedhof auf meiner Insel noch werden?

Ich kann es nicht fassen, wie eine solche Tragödie als normal empfunden werden kann. Wie wird man den Gedanken los, dass elf Menschen – darunter acht Frauen und zwei Kinder im Alter von elf und dreizehn Jahren – letzten Samstag sterben mussten, nur weil sie in Europa ein neues Leben beginnen wollten? [...]

Ich bin über die Gleichgültigkeit entrüstet, die alle angesteckt zu haben scheint. Mich regt das Schweigen Europas auf, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat und trotzdem nichts zu dem kriegsähnlichen Massaker vor Lampedusa zu sagen hat. Und so bin ich immer mehr davon überzeugt, dass die europäische Flüchtlingspolitik diese Opfer in Kauf nimmt, um die Immigration zu kontrollieren, womöglich sogar um

abzuschrecken. Für die Menschen, die mit dem Schiff nach Lampedusa aufbrachen, war die Reise ihre letzte Hoffnung. Ihr Tod ist für Europa eine Schande.

In diesem traurigen Kapitel der Geschichte, das wir alle mitschreiben, verhalten sich allein jene Italiener menschlich, die 140 Kilometer von Lampedusa entfernt die Geflüchteten retten – nicht jene, die wie letzten Samstag nur dreißig Kilometer entfernt waren und den Hilferuf der Schiffbrüchigen trotzdem ignorierten. Alle sollten jedoch wissen, dass Lampedusa und ihre Einwohner [...] diese Menschen zu retten versuchen oder zumindest würdevoll bestatten.

Wenn Europa aber so tut, als seien dies nur unsere Toten, nicht die aller Europäer, dann möchte ich für jeden Ertrunkenen, der mir übergeben wird, ein offizielles Beileidstelegramm erhalten. So als hätte er eine weiße Haut, als sei es unser Sohn, der in den Ferien ertrunken ist.

November 2012

Im Oktober 2013, ertranken in einer Nacht mehr als 380 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, vor der italienischen Insel Lampedusa im Mittelmeer. Das war der vorläufige Höhepunkt einer Katastrophe, die sich seit Jahren an den Gestaden Europas abspielt. Bereits im November 2012 hatte die Bürgermeisterin von Lampedusa, Giusi Nicolini, in einem bewegenden Appell auf diese Schande für Europa hingewiesen. Bis heute hat sich nichts an der Situation geändert.



Sylvie Nantcha

Sie ist die erste afrodeutsche CDU-Stadträtin in Deutschland und Landeskoordinatorin des Migrantinnen-Netzwerks der Frauen Union Baden-Württemberg. Bildung und Integration sind ihre großen Themen. 2013 wollte die 39-Jährige für die CDU in den Bundestag ziehen. Auf die Rückendeckung der baden-württembergischen Frauenunion konnte sie dabei bauen, doch nominiert wurde ein männlicher Kandidat.

Nantcha wurde 1974 in Maroua in Kamerun geboren und kam mit 17 Jahren zum Studium nach Freiburg. Sie ist verheiratet und hat drei Kinder. Die promovierte Sprachwissenschaftlerin ist katholisch und zog 2009 in den Freiburger Gemeinderat ein. Von November 2009 bis September 2013 hatte sie auch Sitz und Stimme im CDU-Landesvorstand.

Nantcha ist Beiratsmitglied des deutsch-tunesischen Transformationsprojektes der Bundesregierung »Demokratie braucht Frauen!«. Sie hat das Bundesnetzwerk TANG (The African Network of Germany) gegründet und die Freiburger Initiative »Wir gestalten Zukunft!«, die mehr Frauen in Führungspositionen bringen will.

2011 wurde Sylvie Nantcha der Helene-Weber-Preis als »herausragende Kommunalpolitikerin« verliehen. Sie sei »Vorbild für viele Frauen, politische Quereinsteigerinnen, Migrantinnen, berufstätige Mütter und Frauen in Führungspositionen«, bemerkte ihre Parteikollegin Monika Grütters, die sie für den Preis vorgeschlagen hatte.

weitere Tage in einem österreichischen Krankenhaus versorgt. Joseph bereitete in der Zeit von Italien aus einen zweiten Einreiseversuch nach Deutschland vor. Im Juli 2013, kurz bevor ihr Sohn Emmanuel zur Welt kam, gelang den beiden die Flucht über die Grenze bis nach Hamburg.

Der Hamburger SPD-Senat setzte derweil monatelang auf Ignoranz. Nachdem die Polizei im Oktober letzten Jahres gezielte Personenkontrollen bei den afrikanischen Flüchtlingen der Gruppe durchführte, um sie zwecks Rückführung nach Italien zu registrieren, drohte der Konflikt in der Stadt zu eskalieren. Die Forderung der Flüchtlinge nach einer Gruppenanerkennung weist der Senat bis heute vehement zurück. Stattdessen verdeutlichte er, dass eine Einzelfallprüfung, bei der jeder Flüchtling seine individuelle Geschichte vorbringen muss, das einzige Angebot bleiben wird.

Tracy, Joseph und Emmanuel T. haben mittlerweile einen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen gestellt. Bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde wird ihre Duldung monatlich verlängert. »Ich wache sehr oft mit Herzrasen auf«, erzählt Tracy. Die Vorstellung, zurück nach Italien oder sogar nach Nigeria zu müssen, ist für sie sehr beängstigend. »In Italien gibt es für schwarze Familien kaum Anlaufstellen und keine Sozialhilfe«, sagt die Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche, Fanny Dethloff, und betont, dass selbst viele Familien mit Aufenthaltstitel in Rom auf der Straße leben.

»Immer dieses Warten«, sagt Tracy; es zermürbt sie. Am Abend erst kommt Joseph von seinem Deutschkurs nach Hause. Sie ist in der Zeit oft alleine mit Emmanuel. Eine Sprachschule kann sie nicht besuchen, es gibt kaum Plätze für Mütter mit Kindern. Die langen Tage sind nur mühsam zu füllen. Wie lange dieser Zustand noch andauern wird? Das kann ihr keiner sagen.

*Name geändert

Frauke Vogel arbeitet als freiberufliche Autorin und Hörfunkjournalistin in Hamburg.

Keine Kürzungen bei Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen

Brief des Deutschen Frauenrates an Bundesinnenminister de Maizière

Sehr geehrter Herr Bundesminister, mit Freude und Zustimmung haben wir im Koalitionsvertrag gelesen, dass die Bundesregierung »Zuwanderung als Chance« begreift und »Integration als einen Prozess« bezeichnet, »der allen etwas abverlangt«. In den weiteren Ausführungen heißt es, dass der »Erwerb der deutschen Sprache (...) eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Integration (ist). Wir werden die Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache ausbauen.«

Diesen Absichtserklärungen stehen allerdings die im November 2013 angekündigten Kürzungen um fast 60 Prozent für niedrigschwellige Integrationskurse für Frauen deutlich entgegen. Diese Kürzung von 1,4 Millionen auf nur noch 600.000 Euro gefährdet erfolgreiche Integrationsangebote für zahlreiche Migrantinnen. Sie würde zudem dazu führen, dass für sehr viele Frauen die notwendige Unterstützung beim Spracherwerb als unabdingbare Voraussetzung für eine gelingende Integration entfällt. Angesichts dessen, dass mit mehr ZuwanderInnen zu rechnen ist, können wir diese Maßnahme nicht nachvollziehen. Sie steht insbesondere dem Ziel einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Migrantinnen entgegen, da viele von ihnen in der ersten Phase der Integration einer Unterstützung durch genau derartige, niedrigschwellige Kurse bedürfen.

Wir bitten Sie, die vorgesehenen Kürzungen zurückzunehmen und stattdessen die erforderlichen Mittel für den Ausbau dieser Maßnahmen bereitzustellen.

Wir freuen uns auf Ihre hoffentlich positive Antwort.

Berlin, 13.2.2014